



Resolution an die Bayerische Staatsregierung und an die Bundesregierung:

„Nein zur AKW-Laufzeitverlängerung, Umsteuern zu einer glaubwürdigen Energiewende!“

Der ÖDP-Landesparteitag appelliert an die Bayerische Staatsregierung,

- sich für die bislang geplante Stilllegung des Atomkraftwerkes Isar 2 zum 31.12.2022 einzusetzen,
- die bereits erfolgte Stilllegung des AKW Gundremmingen nicht länger in Frage zu stellen,
- eine landesweite Energiespar-Initiative zu starten,
- eine Versorgung aus 100% erneuerbaren, vorrangig regional erzeugten Energien zu ermöglichen und
- die 10-H-Abstandsregelung, die dem entgegensteht, abzuschaffen.

Ferner wird an die Bundesregierung appelliert,

- nichts am bestehenden AKW-Stilllegungspfad zu ändern und
- die Sicherheit der bestehenden Zwischenlager vor dem Hintergrund einer veränderten sicherheitspolitischen Lage neu zu bewerten.

Begründung:

Die Atomkatastrophe von Fukushima hat vor mehr als 10 Jahren selbst bei den Befürwortern der Atomenergie zu einer Neubewertung der Risiken geführt, die mit dem Betrieb von Atomkraftwerken verbunden sind. An dieser neuen Bewertung hat sich auch durch den völkerrechtswidrigen entsetzlichen Überfall Russlands auf die Ukraine nichts geändert. Stromsparen ist nun das Gebot der Stunde: 11 Milliarden kWh produziert Das AKW Isar 2 pro Jahr. Wenn jede und jeder Deutsche 132 kWh im Jahr einspart, ist die Abschaltung ausgeglichen.

Das ist erreichbar und es wäre auch ohne Putins Kriegsverbrechen sinnvoll. Zudem kann man in der Ukraine gerade sehen, dass auch bei einem „konventionellen Angriff“ auf ein Atomkraftwerk eine erhebliche Gefahr für eine großflächige Verseuchung besteht.

Die derzeitige Situation nach dem Angriff auf die Ukraine muss erst recht Anlass sein, eine regenerative Energieversorgung ohne unnötige administrative Hürden zu ermöglichen. Wir dürfen mit unserem Energiehunger nicht länger die Kassen von Despoten füllen, die andere Länder überfallen. 16 Jahre lang hatte die CDU/CSU-geführte Bundesregierung mit ihren Koalitionspartnern SPD bzw. FDP ausreichend Zeit, die Energiewende voranzutreiben und den Ausbau der Speichertechnik zu forcieren. Das Gegenteil

hat sie getan: nämlich sich um die Speicher kaum gekümmert und die Dynamik der Energiewende durch unnötige Bürokratie gebremst.

Die neueste Ankündigung von Ministerpräsident Markus Söder, nun doch mehr Windkraftanlagen zu ermöglichen, gleichzeitig aber die 10-H-Regel im Grundsatz beizubehalten, ist unglaublich. Wenn MP Söder es ernst meint, müsste er umgehend die aktuelle Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) updaten. Diese lag nämlich bis zum 1. April 2022 zur Anhörung in den Kommunen und bei den Regionalen Planungsverbänden. Letztere haben vor etwa 10 Jahren bereits abgewogene Windkraft-Vorranggebiete entwickelt, die dann aber wegen Seehofers 10-H-Desaster nicht zum Tragen gekommen sind. Falls die CSU weiterhin, angeführt vom ehemaligen Verkehrsminister Andi Scheuer, ihre rein wahlkampfaktische Anti-Windkraft-Kampagne insbesondere in Ostbayern fortsetzt, handelt sie gegen die Interessen des Industriestandortes Bayern.

Es ist jetzt für alle erkennbar: Die Energieversorgung ist auch eine Frage der nationalen Sicherheit. Die Versorgung mit erneuerbarer Energie muss endlich auch als Beitrag zur Friedenssicherung erkannt werden. Jedes neue Windrad, jede Solaranlage schenkt uns ein Stück Unabhängigkeit von Russland. Jedes neue Windrad, jede Solaranlage sichert ein Stück Frieden in Europa.

Beschlossen auf dem Landesparteitag der ÖDP Bayern am 30.04.2022